

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Bestellung durch die Post dazu 72 Pfennig Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzahl] . Nr 500

FREITAG, 23. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Navals erste Verhandlungen

Großer Empfang am New-Yorker Rathaus

Mandschurischer Film

Von DR. SVEN VON MÜLLER

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
NEW YORK, 22. OKTOBER

Naval ist Gast Americas. Das Empfangskomitee der Stadt New York war der „Alle de France“ auf dem südlichen Boot „Macon“ entgegengefahren. Dreißig Flugzeuge begleiteten die „Macon“, die Naval und seine Begleitung unter Segeln der Golfstaaten zur Battery brachte, wo die Landung erfolgte. Als erster begrüßte Gilman den französischen Ministerpräsidenten beim Betreten des amerikanischen Bodens. Dann drängten sich Hunderte von Kameraleuten und Journalisten um Naval, der allen Ansätze, herbeizulaufen aus seiner journalistischen Laufbahn abzichte. „Ich will Präsident Hoover nur sagen, was mein Land denkt und hofft“, rief er aller Menge zu. „Mir wollen unsere Gedanken auszusprechen.“ Sie wäre er laudiert gerufen, bevor er Premierminister geworden sei, erzählte er dann den ihm ausstehenden Journalisten als Grund für seine politische Schmeichelei. Vorher habe er nie Frankreich verlassen.

Vom Battery, wo Tausende von Aufsehern den Gast erwartet hatten, ging es den überfüllten Broadway hinunter zum Rathaus. Zweihundert berittene Schutzeleuten gegen Naval voraus, der an der Spitze von vierzig Autos mit dem französischen Vizepräsidenten Paul Claudet und Gilman fuhr.

Auf dem Rathausplatz wurde Naval von der dort wartenden Menge sehr herzlich begrüßt. Bürgermeister Walker ging dem Gast entgegen und führte ihn die Stufen des Rathauses hinauf und begrüßte ihn mit einer kurzen Ansprache, worauf Naval auf französisch erwiderte. Nach einigen Worten an Walkers Adresse erklärte er:

„Eine schwere Krise sei heringebrochen, welche die Entwicklung Americas und anderer Länder unterbrochen hat. In einem zum Zweifel zerfallenen Welt müßten die beiden großen Demokratien zusammen Methoden finden und anwenden, die die Ruhe und das Gleichgewicht wiederherstellen werden.“

Naval protestierte dann gegen die absurden Anschuldigungen, die manchmal gegen Frankreich erhoben würden, daß es irgendwelche Form der Segemonie in Europa ausüben würde.

„Frankreich ist ein den Frieden liebendes Land, unsere Geschichte und unsere Vergangenheit erlegen uns Vorpflicht auf. Wir müßten nicht im geringsten, die Würde einer anderen Nation zu beeinträchtigen. Unser einziger Wunsch ist die Friede, aber wir legen großen Wert auf unsere Sicherheit.“ Die Regierungen und Völker sollten verstehen, daß die Geschichte nicht nur in losgerissenen Worten ausgedrückt werden kann, sie sollte organisiert werden. Wenn Frankreich und die Vereinigten Staaten übereinstimmen und sich in immer zunehmender Zusammenarbeit vereinigen können, so können wir einer besseren Gestaltung der Dinge entgegengehen.“

Nach der Begrüßung in New York fuhr Naval, von Staatssekretär Gilman begleitet, im Sonderzug nach Washington. Sofort nach der Abfahrt begann eine Verpredung der beiden Staatsmänner über die bevorstehenden Verhandlungen mit Hoover. Naval soll erklärt haben, daß er glücklich über die Befindlichkeit vorbereitet sei, aber sein festes Programm unbeeinträchtigt zu bestimmen sei. Er werde sich für eine Verständigung einsetzen, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtige.

Am Morgen des 23. Oktober erklärte Naval, daß er erwarten würde, daß die Verhandlungen mit Hoover zu einer Verständigung führen würden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtige.

Den morgigen Vormittag wird Naval offizielle Besuche machen, dann hielt er für 24 Stunden in das Weiße Haus über. In diesen 24 Stunden werden die wichtigsten finanziellen Verhandlungen abgemacht, die wohl zur Veranerkennung der Fiskaljahre und gewissen Kreditbewilligungen, hauptsächlich für Deutschland und England, führen werden (Deutschland nach dem Thema der meisten Gespräche am Bord).

Am Sonntagabend findet ein Lunch bei Mellon statt, dann ist Naval über Wochenende Gast auf Simonsens Landgut, wohin auch Hoover kommt. Hier wird der schwierigste Teil des Programms abgehandelt: die Verhandlungen über Währungs- und Sicherheitsfragen.

Morgen früh ist der offizielle Teil des Besuchs zu Ende. Ein Flugzeug der Stadt New York wird den Aufenthalt beschließen. In der Nacht zu Dienstag verläßt Naval America.

Siehe auch vierte Seite

Schnellgericht über die Meuterer

Aburteilung des deutschen Seemannsstreiks in Leningrad

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
HAMBURG, 22. OKTOBER

Schiff auf Schiff laufen in den letzten Nachmittags- und Abendstunden die deutschen Dampfer aus Leningrad vor der Kanalbucht in Solovken ein. Seit dem 6. Oktober waren sie durch den milden Streik eines Teils ihrer Besatzungen in den russischen Häfen festgehalten. Kein freundlicher Empfang bereitet die gestornen, die beidseitigste Folgen, an diesem Streik teilgenommen zu haben. Polizeihelfer nehmen sich auf der Rede die einlaufenden Schiffe in Empfang, auf denen die beidseitigste Gesetze verhängt werden.

Es ist kein weiter Weg zum Gerichtsort. Unterhalb des Leuchtturms in Solovken ist das Gericht in dem Haus, das dem Aufseher der Kanaloffen dient, zusammengetreten. Der Eröffnungsraum ist in alle Ecken in einen Gerichtssaal verwandelt worden. Unter alten Leuchendübeln sitzen an einem Tisch, dem ein grünes Tuch die amtliche Note verleiht, der Vorsitzende, Anklageanwalt Schep, und der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Kuhl. Der Raum zwischen dem abgemauerten Pfeiler und dem Schandfleck dient der Verteidigung, vor der die Angeklagten Platz nehmen. Fast sämtliche zivilen Beobachter haben ihre Beobachter entfernt. Auch die Besatzungen sind durch einen Offizier vertreten. Vertreter der seemannischen Organisationen, der Reedereiverbände und der Presse füllen den engen Raum.

Der erste Fall betrifft den Hamburger Dampfer „Asta“, von dem 4 Deutsche und ein lettischer Angeklagter sind. Die Beweisaufnahme gibt einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte dieses milden Streiks, der offenbar seinen Ursprung in der kommunistischen leinischen Organisation Leningrads gehabt hat. Wäberhalb ist in den Aussagen der Zeugen wie der Verklagten die Rede von den Kollimmandos, die Arbeitswillige bedröhten und von den Schiffen hielten; ebenso wird beklundet, daß der Weg zum deutschen Konsulat in Leningrad durch Spies „verlegt“ war.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragt das Gericht für die fünf Angeklagten drei bzw. vier Monate Gefängnis bei sofortiger Verbannung. Die Verteidigung beruft sich auf den Zwang, der in Leningrad von russischer Seite ausgeübt worden sei, und beantragte mildere Strafen bzw. Geldstrafe.

Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis und sofortige Verbannung. Die Angeklagten nahmen das Urteil, gegen das sich die Staatsanwaltschaft wegen der Verdröht der Wäberüberprüfbarkeit die Berufung vorbehalten hat, an.

Ueber die Zahl der Angeklagten liegen keine genauen Angaben vor, da die Schiffsführer erst befragt werden müssen. Der Streik ist auf insgesamt 40 Schiffen durchgeföhrt worden. Die unteren Berufsleiter haben den bis jetzt ermittelten Kapitänen mitgeteilt, daß sie zweifelloser von Zwang des Streiks in Russland zu suchen. Es sollen jedoch Beauftragte der kommunistischen Partei aus Berlin in der Streikleitung tätig gewesen sein.

Nach Vereinbarung des russisch-japanischen Abkommens trat Russland in Artikel V des Friedensvertrages von Portsmouth vom 5. September 1905 das Vorgebiet von Amoyung mit allen Rechten, Privilegien und Konzessionen an Japan ab. In Artikel VI des gleichen Vertrages verleiht die Russen auf die Südmandschurische Bahn mit allen Rechten und Konzessionen zugunsten von Japan. Dabei war ein Bahndrittel vereinbart, der 15 Mann pro Kilometer nicht übersteigen sollte.

Durch den sinesisch-japanischen Mandschurei-Vertrag vom 22. Dezember 1905 gab China seine Zustimmung zu dem russisch-japanischen Vereinbarung. In einem Geheimprotokoll findet sich die Bestimmung, daß die japanischen Bahnwagen sich zu ihrer Zurückführung (d. h. wenn China in der Lage wäre, dem Leben und Eigentum der Fremden effektiven Schutz zu gewähren) sich nicht unvernünftigerweise (unreasonably) in die sinesische Verwaltung einmischen und nicht ohne Erlaubnis die Grenzen der Eisenbahnhöfe überschreiten sollten. Dagegen verpflichtete sich China, seine Parallele- oder Zweigbahnen zu bauen, die den Interessen der Südmandschurischen Bahn abträglich sein könnten. In einem weiteren Vertrag vertrat China 1909, die für Japan strategisch wichtige Bahn Tschangtsching-Kirin bis zur nord-tschingtsching Grenze zu verlängern.

Am sinesisch-japanischen Vertrag vom 28. Mai 1915 wurden die japanischen Rechte in folgenden Punkten wesentlich erweitert: Verlängerung der Pachtdauer auf 99 Jahre, Recht für japanische Staatsangehörige (also auch Koreaner), Land ab 30 Jahre für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke zu pachten und Privatbesitz Japans bei der Aufnahme sinesischer Eisenbahnanlagen.

Die formellen Streitpunkte

Im Frühjahr 1931 verurteilte die japanische Regierung, mit dem in der Mandschurei regierenden Marschall Tschangtsching eine Einigung über folgende Streitpunkte zu erreichen:

China hatte mit japanischem Kapital eine Reihe von Bahnen gebaut, die nur als Zubringerlinien gebaut waren, aber der Japan Südmandschurischen Bahn Konkurrenz machten. Japan strebte eine Transsibiriana und Übertragungsabkommen zwischen japanischen und sinesischen Bahnen an.

Für sinesische Bahnbauten hatte Japan 110 Millionen Yen vorgeschlagen und verlangte Umwandlung aller Rechte in feste Anteile mit gestiehem Zinsdienst und Amortisation.

Japan forderte, daß sein Einflußrecht gegen den Bau von Parallelbahnen zur Südmandschurischen Bahn vergrößert, dafür aber der Vertrag von 1909 entsprechend anzupassen nachheraus geändert wurde.

Der Versuch, zu einer Einigung zu gelangen, mißlang.

Die Auslösung des Konflikts

In diesem Sommer kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen koreanischen Bauern und sinesischer Landbevölkerung bei Wanshan in der Nähe von Wuchow. Grund dieser Streitigkeit war das von den Japanern aus dem Vertrage von 1915 in Anspruch genommene Recht, landwirtschaftliche Grundstücke zu pachten. Dieses Recht bezieht China mit der Begründung, daß der Vertrag von 1915 von Japan erzwungen und daher rechtsungültig sei. Infolge dieses Zwischenfalls waren sinesische militärische Ausreitungen in Korea, die über 100 Todesopfer erforderten. Tausende der Aufspaltung nationaler Lebensformen auf sinesischer Seite erklärte sich Japan bereit, Schwabenspruch zu leisten.

Diese Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen, als am 18. September der japanische Generalleutnant Admiral Kwantung in der inneren Mongolei ermordet wurde. Da nach japanischer Auffassung die sinesische Regierung nicht mit der erforderlichen Zurückhaltung gegen die Schuldigen vorging, beabsichtigte sich die japanische Militärführer dieses Zwischenfalls. Kwantung wurde zu einem nationalen Märtyrer, dessen Tod zu rufen die nationale Ehre verlangte.

Eine Bruchpangung an der Südmandschurischen Eisenbahn (die von sinesischer Seite in Abrede gestellt wird) daß dann dem japanischen Militär den äußeren Anlaß, zum Teil

wohl über den Kopf der japanischen Regierung hinweg, mit den militärischen Operationen in der Mandchurien zu beginnen. Darauf appellierte die chinesische Regierung an den Weltbund.

Waldoyer für Japan

Japan kann für sich in Anspruch nehmen, daß der relative Wohlstand der Mandchurien den japanischen Bauhauften und der Ansiedler von fast 2 Milliarden Yen zu danken ist. Im Jahre 1905 hatte die Mandchurien nur 5 Millionen, heute aber hat sie 25 Millionen Einwohner, die noch starken Zuzug aus anderen chinesischen Provinzen erhalten. Während China unter hundertben Sündelegierten verarmte, blieb die Erhebung in der Südmanchurie bis zum Herbst dieses Jahres unangefastet.

Gegenüber dem chinesischen Verfahren, jede eigene Schuld zu leugnen, muß die gerechtfertigte chinesische Methoden hin, Verpflichtungen nicht zu erfüllen oder zu umgehen. Die Karte der chinesischen Bauhauften und der projektieren Etreden unterliegt die japanische These, daß eine Verletzung des Montepols der Südmanchurien ihren geplant war.

Die wirtschaftliche Ausbeutung der Mandchurien mit ihren Millionen von Chinesen im Laufe ihrer Umwandlung an Lebensmitteln ist für Japan mit keinem zu engen Zusammenhang eine Notwendigkeit. Strategisch ist die Mandchurien für Japan ein Glücks für seinen fernöstlichen Besitz und seine Stellung auf dem asiatischen Kontinent.

Waldoyer für China

China stellt sich über den neuen Konflikt hinweg auf den Standpunkt, daß das japanische Vorgehen in der Mandchurien auf eine langsame völlige Kolonisierung der Mandchurien nach China abzielt. Es führt die Beispiele von Formosa und die Russen an. In beiden Fällen habe Japan mit genau den gleichen Mitteln gequält wie jetzt in der Mandchurien. Außerdem seien alle jene Verträge, auf die Japan seine Ansprüche stützt, gegenüber einem fast wechsellösenden Gegner erzwungen worden und daher völkerrechtlich anfechtbar. (Eine These, die jeder Untertane bei politischen Verträgen in Anspruch nehmen kann, die aber das politische Vertragsrecht (Hilfswort) machen würde.)

Die Mandchurien wird fast ausschließlich von Chinesen bewohnt, denen nur 200 000 Japaner als Händler, Gewerbetreibende um, gegenüberstehen. Für die bürgerliche Anführung des japanischen Menschenverstandes kommt die Mandchurien aus ihmatischen Gründen kaum in Frage. Japan hat nicht einmal den Eingebungen auf seiner nördlichen Insel Hokkaido voll auszunutzen können.

China kann und will keinen Krieg gegen Japan führen. In seiner Weltpolitik steht es parallel zwischen der japanischen Okkupation und der amerikanischen Okkupation der Philippinen durch die Spanier. Zum Teil aber eine gefährliche und unblutige Waffe gegen den japanischen Militarismus zur Verfügung, der von 1907 bis 1911 Japan gegen die Weltkriege von den Seemächtern Japans gegen 25 v. n. nach China und die Panafrikaner war bisher zu Gunsten von Japan erfüllt. Vordurchhaltung des Vorkonflikts mittels Wirtschaftskriegs und Arbeitslosigkeit in Japan in unerschütterlichem Ausmaß steigern.

Die Interessen der Großmächte

Amerika hat China gegenüber immer die Politik der offenen Tür verfolgt. Eine Annexion der Südmanchurie durch Japan würde dieser Politik widersprechen. Die Beziehungen zwischen Washington und Tokio vertragen aber so wenig Befriedigung, daß Amerika sich bei seiner Entscheidung im mandchurischen Konflikt größtmögliche Reserve aufweisen muß.

England ist durch die britische Waise in der Durchführbarkeit des Präzedenzfalles zu stark mit sich selbst befaßt, als daß es entschlossene Schritte im fernsten Osten gehen machen könnte. Zur japanischen Einbindung in die Nordmandchurien würde die russische Interessensphäre berühren.

Englands außenpolitische Aktivität ist aus inneren Gründen so stark geschwächt, daß es sich auf die Vertretung seiner eigenen Interessen in Ostasien beschränken muß.

Frankreich, das in Bezug den Rivalitäten im Fernen Osten der Weltbundes steht, ist unzufrieden an dem Konflikt ebenfalls interessiert wie Italien. Der französische Militarismus findet aber in dem japanischen Militarismus den letzten Gleichgewicht mit dem Großmächten. Diese Seelenverwandtschaft hat ihre politische Bedeutung nicht nur im Hinblick auf die Abrüstungskonferenzen.

Deutschland unterhält zu Japan und China gleich freundliche Beziehungen und ist politisch gar nicht, sondern nur wirtschaftlich daran interessiert, daß kein Ostasienkonflikt zu misshandeln wieder aufsteht, ist nicht durch militärische Konflikte gefährdet wird. Um so wichtiger aber ist für Deutschland, daß sich der Weltbund der schwereren Aufgaben objektiver Vermittlung genähert jetzt und seine moralische Autorität integer in einem Konflikt einsetzt, der sich außerhalb seiner realen Einflußsphäre abspielt.

Der gordische Knoten

Wald wird in der Mandchurien der erste Schnee fallen, der den militärischen Entzerrung japanischer Generale aus prächtigen Gewändern abbläst. Dieser Zeitpunkt muß genutzt werden, wenn nicht im nächsten Frühjahr der Kampf wieder aufflammen soll.

Es besteht die Gefahr, daß durch das japanische Vorgehen ein circulus vitiosus geschaffen wird. Die militärische Offensivität hat die chinesische Bezahlung in der Mandchurien desorganisiert, so daß sie zur Zeit kaum in der Lage ist, Leben und Eigentum der Fremden zu schützen. Damit wird Japan ein Argument gegeben, die Zurückführung der Truppen zu verlangen.

Eine einfache Formel gebracht besteht die Schwierigkeit einer Lösung des mandchurischen Konflikts darin, daß Japan

erle Verhandlungen und Anerkennung der Verträge vor Rückführung der Truppen verlangt, während China erst Rückführung der Truppen fordert, um dann zu verhandeln. Das Misslingen auf beiden Seiten ist gleich groß und auf beiden Seiten brandet der Nationalhaß gegen den „Großvater“ sich selbst.

Der gordische Knoten! Am Waldoyer ist es zu bemerken, daß beide nicht mehr das Scherz gebrauch werden muß, um ihn zu zerhacken. Die beidseitigen Hände der Staatsmänner müssen den Knoten ohne Verletzung lösen. Darauf basiert die erkrankte Meinung der Welt, deren Träger der Glaube an die Gerechtigkeit des Weltbundes ist.

Stimson hat Japan befristigt

Neuer Optimismus in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 22. OKTOBER

Der Weltbund hat heute nachmittag eine öffentliche Sitzung ab, in der Präsident Wood eine aus sieben Punkten bestehende Resolution vorlegte und zur Debatte stellte. Ueber den wesentlichen Inhalt haben wir bereits berichtet.

Bemerkenswert ist der vierte Punkt. Er fordert der Rat die japanische Regierung auf, „sofort mit dem Rückzug der Truppen in das Innere der Grenzgebiete zu beginnen und ihn fortzusetzen mitzuteilen, damit der Rückzug vor der nächsten Monatsfrist (16. November) vollständig ist.“ „Der Rückzug weiter von der chinesischen Regierung, daß sie für den Schutz des Lebens und des Eigentums der japanischen Staatsangehörigen in der Mandchurien im Hinblick auf ihre Wiedererlangung des gesamten Gebietes alle Maßnahmen trifft, um die Sicherheit der dort wohnenden japanischen Staatsangehörigen und den Schutz ihres Lebens zu gewährleisten und den chinesischen Behörden zu diesem Zweck Verträge anderer Art abzuschließen, die die Durchführung dieser Maßnahmen verzögern können.“

Der fünfte Punkt fordert sofortige Verhandlungen zwischen der chinesischen und der japanischen Regierung an, um die Einzelheiten der Rückzug durch die japanischen Truppen und der Wiedererlangung des gesamten Gebietes oberflächlich und unerschütterlich durchzuführen.

Im nächsten Punkt bezieht sich der Rat, sich auf den 16. November behufs Prüfung der Situation zu versetzen. Man gibt aber wiederum seinem Präsidenten die Ermächtigung, ihn erst selber einzuberufen. Der Ort der Novemberprüfung ist nicht festgesetzt; sie kann entweder nach Genf oder nach dem Sitz des Präsidenten, nach Paris, einberufen werden. Bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu dem Beschluß vom September die Sitzung diesmal ganz bestimmt anberaumt und nicht vorgelassen ist, daß sie erst, gar nicht stattfinden.

Der chinesische Delegierte Dr. Sie erklärte, daß ihm der Text der Resolution erst heute mittag zugeht worden ist, und übertrug eine kurze Rede, um die Situation und um die japanische Regierung zu erklären zu können, wogegen der japanische Delegierte Hishizama die Kritik für die Rückzug, die sich bei der nächsten Monatsfrist am 16. November erstreckt, abzulehnen zu müssen erklärte, weil sie den Umständen und der Haltung der chinesischen Regierung abhängen; er behielt sich im übrigen eine Prüfung der Einzelheiten des Vertrags des Hauptpräsidenten vor.

Folgebefehl wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Unruhen auf Cypern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 22. OKTOBER

In Cypern, wo in den letzten Wochen die Bewegung für einen Anschluss an Griechenland neu aufgenommen ist, ist es zu neuen Unruhen gekommen. In Nikosia wurde das Polizeigebäude in Brand gesetzt und völlig zerstört. Die Polizei wurde stark verletzt, elf Aufwacher wurden schwer verwundet, einer getötet.

Für die ernst die Verwirklichung der Bewegung hält, geht daraus hervor, daß schon morgen Truppen auf dem Luftwege von Alexandria nach Cypern entsandt werden und der Gouverneur in Nikosia am Flottenunterstützung gebeten hat.

Poincarés

langwierige Rekonvaleszenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 22. OKTOBER

Seit der unermessenen Demission Poincarés als Vorsitzender der Pariser Abgeordnetenkammer will das Gerücht von der Beschäftigung seines Befindens nicht mehr ruhen. Aus Compiègne, wo sich Poincaré seit seiner Rekonvaleszenz aufhält, kommen zwar zehnjährige Demissionen, dennoch mußte heute angegeben werden, daß Poincaré sehr langsam wieder im Lande sein wird, daß Paris zurückzuführen. Die Ärzte rechnen damit, daß der Patient den ganzen Winter über bis zum 1. Mai nächsten Jahres in Compiègne mit bleiben müssen. Zug der ihm unterliegenden Ruheverrichtungen arbeitet Poincaré stetig an dem Band „Arbeits“ seiner Memoiren.

Passive Resistenz in Warschau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 22. OKTOBER

Die Protest gegen die unregelmäßigen und verzerrenden Sitzungen der Reg. Gehälter und gegen die Schließung eines Teiles der öffentlichen Betriebe, dominiert durch

Zu Beginn der Sitzung gab der japanische Delegierte eine Erklärung ab, wonach er seinen grundsätzlichen Einspruch gegen die Erklärung eines Delegierten der Vereinigten Staaten aufrecht erhält, aber bereit darauf ist, sich, mit dem Vertreter der Washingtoner Regierung am Montag, 23. Okt., um den Mitglieder des Rates die Berichterstattung abzugeben, daß die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit den Vereinigten Staaten eine traditionelle Politik seines Landes ist, und daß Regierung und Volk von Japan entschlossen sind, in Frieden und gutem Einvernehmen für alle Zeiten mit den Vereinigten Staaten zu leben.

Der Vertreter Washingtons, Frank G. Gilmer, erwiderte, er habe die Haltung des japanischen Delegierten niemals anders verstanden. Man erkläre in diesem Zustand von Freundschaften hier ein Ergebnis der Verhandlungen Stimson mit dem japanischen Bevollmächtigten in Washington, ebenso wie man auch die bei allen Vorarbeiten entgegenkommende Erklärung des japanischen Delegierten darauf zurückführt. Unter diesen Umständen, und da die Resolution in ihrer Formulierung dem chinesischen Wunsch doch weiter entgegenkommt, als man selbst heute abend und vor allem heute vormittag annahm, hält man eine Sitzung und alle einen formellen Beschluß des Rates für durchaus möglich.

Lord Reading ist zurück

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 22. OKTOBER

Der englische Außenminister, Lord Reading, empfieng heute abend nur kleine Anteile die internationale Presse und betonte sich als ein alter und warmer Vertreter des Weltbundes, dessen gute Eigenschaften er jetzt besonders schätzen gelernt habe. Die Lage des Konflikts in der Mandchurien ist so ernstlich gebessert und es besteht kaum noch eine Kriegsgefahr. Für den, der die Aufgaben des Weltbundes bezieht, Konflikte auszulösen und nicht Zusammenkommen zu verhindern, ist die vom Rat vorgeschlagene Sitzung und die Beratung auf drei Wochen ein ausgezeichnetes Mittel. Die Mitarbeiter der Vereinigten Staaten und die Beauftragten des Rates des Weltbundes sind die Mitglieder des Rates haben sich zum erstmaligen durchzuführen.

Zu anderen Beratern übergeben, erklärte Lord Reading u. a., daß man jetzt ausschließlich auf eine Befriedigung hoffen sollte. Auch in Deutschland habe sich die Situation unmerklich gebessert. Wenn, wie er erwartet, die nationale Regierung in England bei den Wahlen siegt, so werde das Finanz stabilisiert und der Ausgleich des Budgets erzielt werden.

Über Theater, traten heute sechs die Angestellten und Beamten der Stadt Warschau geschlossen in die polizeiliche Haft.

Alleinliche Verbände der Kommunalbeamten und Angestellten forderten ihre Mitglieder auf, sich in die Büros einzufinden, dort aber praktisch feierlich Tätig auszuführen. Nur die lebenswichtigen Betriebe sind von dieser Aktion vorläufig ausgenommen worden.

Es besteht, daß die Regierung an Stelle des geschätzten Minister, der mit der Waise nicht fertig wird, einen Regierungsminister mit besonderen Fähigkeiten einsetzt, um, wie das auch in anderen politischen Stützen schon geschehen ist.

Wortorium in Südsibirien?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

G. RAZ, 22. OKTOBER

Wie aus Yagom gemeldet wird, soll in Jugoslawien in den nächsten Tagen ein Gesetz über ein allgemeines Wortorium für alle in Südsibirien lebenden Jugoslawen in Kraft treten und drei Wochen erlassen werden. Der Vertreter der jugoslawischen Bundesbeamten hatten heute in Belgrad eine längere Konferenz mit dem Finanzminister, in der sie die schwierige Lage der jugoslawischen Wirtschaft darlegten.

Die jugoslawischen Banken sind in den letzten Tagen wieder in eine kritische Lage geraten, weil die Rückzahlungen für die Einlagen abgelaufen ist und die Banken ihre Einlagen zurückfordern. So sollen bei der ersten kroatischen Sparkasse in Yagom über 950 Millionen Dinar Einlagen zurückgefordert werden.

Zirkowitschs deutsche Kandidaten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BELGRAD, 22. OKTOBER

Wald der Verhältnisse zwischen dem Ministerpräsidenten Stojanowitsch und der früheren deutschen Partei Jugoslawiens, werden nun auf der Grundlage des Ministerpräsidenten folgende sechs deutsche Kandidaten aufgestellt: Herr Dr. Stefan Raff, Dr. Georg Hoff, Dr. Hans Schall, Johann Knon, Dr. Renner und Dr. Stefan Gising.

Gespräch mit Caval

Von unserem Sonderberichterstatter

AN BORD DES DAMPERS „ISLE DE FRANCE“, 22. OKT.

Spania erhebt Schritte die nun fast beendet, am Sonntag lauden bereits die unerschütterliche Uferlinie New Yorks auf. Die Reise ist, von dem einen Sturmgang bei New York abgesehen, bei bestem Wetter und bestem Kurse verlaufen. Canal verbrachte jeden Tag viele Stunden auf See, überland gebuldig die Neugierde des eleganten Publikums, dem in abwechselndem Reglement der Souvenirläden und ließ die Vorträge feiner fächerartigen Begleiter über sich ergehen.

Seine früh erhellte er mit, als es mir gelang, ihn sehr am Morgen allein auf See zu empfangen, daß er den Besprechungen mit Souver optimistisch entgegenstehe. Nichts werde so heiß gesehen, wie es getobt würde, antwortete er auf die etwas sorglose Frage, ob die Gegenstände nicht immer sehr groß seien. Die Konferenz, die von dem Vizepräsidenten Gage mit Sorgfältigkeit vorbereitet worden als die meisten anderen Konferenzen. Jede der Parteien feien genau den Standpunkt der anderen, aber da beide bereit seien, notwendig dem anderen entgegenzukommen, so nehme er lieber an, daß die bevorstehenden Konferenzen, die in New York stattfinden, zu günstigen Ergebnissen führen werden. Botschaften seien natürlich, daß die Parlamente lieber Wandel den Abwägungen zupflichten.

Pariser Begleitungszeit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 22. OKTOBER

„Sicherheitsrat zerrit“ Das soll die Parole sein, mit der nach Ansicht der Pariser Wähler der Ministerpräsident Canal den Boden America betritt. „Frankreich ist heute das einzige wirklich beherrschte Land“, erklärt der „Antinationalist“, „obwohl von einem Kaiserreich, das seine Truppen nicht mit uns ankommen will. Wenn America erwidert, daß das Wort Deutschlands, das endlich zählt, daß Deutschland endlich aufricht, was mit neuen Kriegen zu befechten, dann, aber nur dann ist Frankreich bereit, seinen Teil dazu beizutragen, damit die Hunderte von Millionen, die die Wähler jährlich für ihre Wählungen ausgeben, für die Friedenswirtschaft fruchtbar gemacht werden. Bis dahin aber müssen wir auf unseiner Seite sein.“

Die Pariser Sicherheitsratsparlier haben heute bereits eine letzte Rede gehalten. Die Rede Gages beruht auf dem Wort: „In Washington ist man der Ansicht, daß Canal bei Souver auf eine unzulängliche Opposition hinaus würde, wenn er versuchen wollte, den Vorschlag eines Einheitsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten als Gegenleistung für seine Wählung zu erhalten. Die öffentliche Meinung in America lehnt jede Bindung ab, die über den Rahmen einer reinen Konvention hinausgeht, wie sie jetzt im alljährlich-japanischen Konflikt im Auge ist. Der allein im Gegensatz die Disposition bereit auszugeben, daß der Sicherheitsrat ein Sicherheitspaktes praktisch als unmöglich angesehen werden kann.“

Zur Hintergründe das Gold

LONDON, 22. OKTOBER

Die Verluste der Bank von Frankreich, auf ihre Dollar-Zuweisungen in America einen höheren Zinssatz heranzuziehen, werden in der Londoner City mit größtem Interesse verfolgt und man neigt sich im allgemeinen die Ansicht, daß Frankreich, wenn es mit den amerikanischen Finanzen unzufrieden ist, seine Investitionen dort zurückziehen und sie anderweitig unterbringen falls, da America in der Lage sei, mehr Gold aus seinen Vorkäufen abzugeben, als amerikanische Anleihen in der Lage seien zu bezahlen.

Die von Frankreich geforderte Dollarkasse wird hier als Mittel betrachtet, um auf die Ausgabenpolitik Souver einen Druck auszuüben. Das Finanzblatt, die „Financial News“, erklärt hierzu, daß nach Ansicht der französischen Finanzagenten, der Finanzrat und Vizepräsident in New York der Eindruck erweckt wurde, als ob die Frage der Zurückziehung der Dollar-Zuweisungen der Bank von Frankreich mit dem Verluste Kanals in Washington nichts zu tun habe. Jetzt wird jedoch ausgegeben, daß ein Abkommen zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank erst in ihrer gemeinsamen Unternehmenseinigung zwischen Souver und Canal in Washington treten könne.

Wenn Präsident Souver, so erklärt das Blatt, darauf bestehen sollte, daß die Schuldentilgung verweigert oder Kreislaufzahlungen und Reparationen dräuflich herabgesetzt werden, würde Frankreich dies mit einem aufstrebenden Goldbau aus America beantworten. Das Blatt meint, daß abzuwarten sei, ob America sich diesem finanziellen Druck durch politische Mittel beugen werde. Wenn Washington nachgibt, so würde kein Vorteil Souver erzielt werden, da durch die Aufgabe der Goldbau aus America Teile der französischen Goldkäufe, die es jetzt gegen die Zuerückführung Frankreichs, die Vereinigten Staaten zur Aufgabe des Goldbau aus America zu zwingen, so daß nicht anzunehmen sei, daß Frankreich zu weit gehen werde. Die amerikanischen Banken seien jedoch, gleichgültig welche Haltung die amerikanischen Regierung einnehmen werde, nicht geneigt, dem französischen Druck nachzugeben und die Zinssätze auf französische Investitionen zu erhöhen.

Professor Valyi in America

NEW YORK, 22. OKTOBER

Der Professor an der Berliner Handelshochschule Valyi ist in New York eingetroffen, um in Brooklyn Wirtschaftsvorträge zu halten. Die „Welt“ macht in einem Washingtoner Telegramm auf den Besuch Valyis, den sie dem amerikanischen Publikum als den wirtschaftstheoretischen Sachverständigen der Deutschen Bank vorstellt, in sensationeller Weise aufmerksam. Das Blatt behauptet, er erhalte offizielle Washingtoner Stellen, so dem Schiffsverkehr, Marine, dem Gouverneur der Bundes Reserve Bank, dem Generalmajor der Marine, General Astor, dem Chef der Berliner vertraulichen Bericht über die deutsche wirtschaftliche Lage.

Oesterreich erhält Kredit

60 Millionen Schilling von Frankreich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 22. OKTOBER

Die österreichische Finanzpolitik hat einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Soeben ist aus Paris die Meldung des Unterhändlers Dr. Zisch eingetroffen, daß die Bank von Frankreich auf Vereinbarung der französischen Regierung dem österreichischen Staat einen Kredit von 60 Millionen Schilling gewährt, und zwar in Betrag von 100 Millionen Schilling bereits bis zum 16. Juni im Betrag von 100 Millionen Schilling bereits bis zum 16. Juni zur Verfügung hat und ebenso die B. Z. Z. ihren Kreditlimit von 90 Millionen Schilling. Die Bank von Frankreich wird übrigens bei der neuen Kreditgewährung die B. Z. Z. unterstützen und den österreichischen Staat einleihen. Der Kredit ist ein finanzieller politischer Bedingungen getraut, was die Forderung heißt, daß der Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit imperialistischer Finanzmethoden im Vorderen begriffen ist.

Mit der Erlangung dieses Kredits hat Dr. Zisch das Programm seiner Reise nach Paris und Paris erfüllt, was bereits gemeldet, die Bank von England den Rest ihres Kreditlimit von 16. Juni im Betrag von 100 Millionen Schilling bereits bis zum 16. Juni zur Verfügung hat und ebenso die B. Z. Z. ihren Kreditlimit von 90 Millionen Schilling. Die Bank von Frankreich wird übrigens bei der neuen Kreditgewährung die B. Z. Z. unterstützen und den österreichischen Staat einleihen. Der Kredit ist ein finanzieller politischer Bedingungen getraut, was die Forderung heißt, daß der Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit imperialistischer Finanzmethoden im Vorderen begriffen ist.

Buretsch ist optimistisch

Zur Einleitung der großen allgemeinen Wirtschaftsschritte des Nationalrates, für die die bereits bereitgestellten Voraussetzungen vorliegen, gibt Bundeskanzler Dr. Buretsch eine Rede, die von großem Optimismus getragen war. Er ist der Überzeugung, daß die schlechte Konjunktur der Weltwirtschaft nicht mehr so lange

4484000 Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1931 beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 15. Oktober 4 484 000. Sie hat seit dem letzten Stichtage um rund 129 000 zugenommen gegenüber rund 113 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterhaltungsrichtungen ist infolge des Beschäftigungsstandes auf die Kürzung der Südküsten der Unterhaltungsbezuges eine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Zahl der Hauptunterhaltungsgegenstände in der Reichslandwirtschaft hat um rund 290 000 auf 1 149 000 am 15. Oktober abgenommen. Zur Artilienförderer wurde mit einer Zunahme um rund 150 000 eine Befolgung von rund 1 290 000 Hauptunterhaltungsgegenständen erreicht.

Die allgemeine Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Kennzeichen, bestätigt vielmehr dies aus den letzten Berichten gemessene Bild: In der Landwirtschaft und in einzelnen Verbrauchsgegenstandswirtschaften die übliche Beschäftigung, wenn auch meist in etwas geringem Ausmaß, in den meisten Produktionsgegenstandswirtschaften weitere Schwächung des Beschäftigungsgrades.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit veranschaulicht folgende Tabelle:

Stichtag	Arbeitslose in absolut	in der Bevölkerung	in der Artilienförderer
Februar 1930	3 363 000	2 379 000	277 000
Mai	2 615 000	1 830 000	324 000
Juli	2 765 000	1 497 000	403 000
September	3 004 000	1 493 000	473 000
Oktober	3 225 000	1 085 000	511 000
Januar 1931	4 897 000	2 354 000	817 000
Februar	4 972 000	2 589 000	906 000
März	4 744 000	2 317 000	924 000
April	4 308 000	1 887 000	102 000
Mai	4 083 000	1 579 000	929 000
Juni	3 954 000	1 413 000	941 000
Juli	3 196 000	1 205 000	1 027 000
August	3 213 000	1 282 000	1 000 000
September	4 305 000	1 344 000	1 140 000
15. Oktober	4 484 000	1 143 000	1 290 000

Die letzten fünf bezeichnen den Höchststand, die Kurztüffern den niedrigsten Stand.

Der Streit in der Wirtschaftspartei

Im Gegensatz zu der schärferen Abmildigung, die der Generalrat der Wirtschaftspartei bei der Reichstagswahl durch ihre Zustimmung im Reichstag zum Ausdruck gebracht hat, nahm heute eine Wahlfestsetzung in Ostuz mit großer Selbst eine Entschiedenheit an, in der „die Energie und die Selbstüberwindung der Reichstagspartei anerkannt wird, die trotz der parteipolitischen Nachteile den Mut aufgebracht hat, eine geschlossene Abstimmung herbeizuführen.“ Es ist also doch gelungen, einen Versuch zu vermeiden.

Wechsel im Reichsarchiv

Der bisherige Präsident des Reichsarchivs in Potsdam, Dr. h. c. Ritter Herz von Düringheim, scheidet am Ende dieses Monats infolge Erreichung der Altersgrenze aus seinem Amt aus. Sein Nachfolger wird Generalmajor Dr. h. c. von Daefflen,

an dessen Amt, als es bereits gebauert hat. Deutschfranzösisch müßte die Zeit dadurch überdauern, dies ist höchst möglich auf eine eigene Kraftausnahme zurückzuführen. Man habe allzulange über ihre Beschäftigung gelebt. Die wichtigste Mitteilung des Kanzlers ist, daß der Vertrag über die bevorstehenden Konferenz der Staaten am 28. März d. J. ein internationales Verständigungserklärung verlangen werde. Von der Einheitsbestimmung infolge der neuen Bestimmungserklärung verlangt die Regierung eine Steigerung der inländischen Produktion, in daß man damit rechnen könne, die Arbeitslosigkeit werde in diesen Winter weniger steigen, als im Vorjahr. Schon würden mehr Stellenbesitzer eingestellt. Der Vertrag der Lebensmittel- und Rohstoffe und Rohstoffe müßte selbstverständlich und unter Mitwirkung der Kammer gefordert werden. Der Kanzler kündigte ein neues Handelsabkommen mit Belgien an und eine Ausweitung des ungarischen Handelsvertrages an die Denelagge. Eine Aufhebung über eine energische Ordnung der Kreditfinanzfragen blieben im allgemeinen fest.

Der Redner der sozialdemokratischen Opposition, Dr. Otto Bauer, erwiderte mit einer Begründung der sozialdemokratischen Forderungen. Das wichtigste ist für Österreich eine Ratifizierung der nur unzulänglich vorhandenen Arbeitsgesetze. Darum die Förderung noch einem Gesetz das Doppelverdienst und vor allem nach der 40-Stundenwoche, die freien der fächerpolitische Forderungen für sein Land angeordnet habe. Der Redner warnte eindringlich vor einem Mißbrauch der Bestimmung über die überragende Einheitsbestimmung. Geringfügig harte sich mit dem Beschäftigung eines Bestimmungserklärung nicht begnügen, sondern müsse alle Energie darauf verwenden, die eigenen Wirtschaftsregeln durchzuführen. Wenigstens im Bereich mit Staaten, bei denen die österreichische Handelspolitik im Widerspruch ist, könne man den beiderseitigen Verkehr mit einem Clearing völlig ohne Anwendung ausländischer Zahlungsmittel durchführen.

der im Range 2. militärische Stelle des Auswärtigen Amtes bezieht und bereits seit einer Reihe von Jahren Direktor des Reichsgerichts ist.

Wullerjahns Kampf

Im Wiederzunehmendermaßen des wegen angeblichen Vandalismus auf einer Gutschultraße von fünfzehn Jahren neuerzeitlichen ehemaligen Oberlandesverwalter Wullerjahns ist gestern zum erstenmal seit seiner Verurteilung Wullerjahns selbst von dem zuständigen Richter des Reichsgerichts, Reichsgerichtsrat Couderc, vernommen worden.

Eine weitere wichtige Bemerkung hat Anfang der Woche getroffen. Der Schriftführer Verthold Zocob hat unter Eid erklärt, daß der französische Zeitschrift „L'Espresso“ berichtet habe, daß Wullerjahns ein geheimes Abkommen unterzeichnet habe, ihm in Frankreich verhaftet habe, daß Wullerjahns nicht der Perträter sei.

Braun zurückgekehrt

Ministerpräsident Braun ist aus Accora, wo er sich in einem Sanatorium krank, zurückgekehrt, wird aber zunächst noch nicht die Regierungsgeschäfte übernehmen, da sein Gesundheitszustand noch zu wünschen übrigläßt. Er wird noch einige Tage zur Erholung in der Seebäder verbringen.

Der nur kurzem aus dem Kabinett ausgeschiedene Finanzminister Dr. Hüper-Waldoff, der bekanntlich mit Braun in Accora eine Unterredung hatte, wird in einigen Tagen ebenfalls nach Berlin zurückkehren. Zu Zusammenkunft damit sind im Komplex der Reichsregierung, die befragen, daß Hüper-Waldoff wieder von Finanzministerien übernehmen würde. Wenn auch gewisse Anzeichen in dieser Richtung gehen, so ist es doch fraglich, ob sie Erfolg haben.

Reichsbahn ruft den Schlichter an

Verhandlungen zwischen der Reichsbahnhauptverwaltung und den Reichsbahnbesetzern beteiligten Gewerkschaften über einen Lohnabbau von durchschnittlich 5 p. h. haben sich auf einer Einigung geführt. Die Reichsbahnhauptverwaltung wird den Reichsbahnbesetzern um die Einleitung des Schlichtungsverfahrens ersuchen.

Der „Volksfreund“ legt Beschwerde ein

Der Braunschweiger „Volksfreund“, der wegen seiner Berichterstattung über die Sonntagstranche mit dem ungewünschten Verlust von acht Wochen von dem nationalsozialistischen Innenminister Klages befehrt wurde, hat Beschwerde beim Reichsgericht eingereicht.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugslohns. Täglich: „Literaturbeilage“ und „Handelsbeilage“ — Wochenausgabe: „Die Illustrierte Beilage „Zeitbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Recht und Leben“ — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen. VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

